

In Kürze

Mehr Vermittler. Letzten Sommer kam es zum Bruch zwischen dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) und der Destination Davos Klosters. Das Likrat-Public-Sommerprojekt, das Dialogprojekt des SIG, war in Davos Geschichte. Im Winter sorgte dann ein Aushang bei einem Schlittenverleih für einen Skandal. Die Bergbahn Pischaschrieb, sie verleihe keine Sportgeräte mehr an Juden (*tachles* berichtete laufend). Es waren neue Eskalationen in einem schon länger bestehenden Konflikt. Unter der Leitung des früheren Spitzendiplomaten Michael Ambühl und der Juristin Nora Meier hat eine Taskforce mit dem Namen «Verständigungsprozess Davos» einen Katalog mit zehn Massnahmen erarbeitet, die das Verhältnis zwischen Davosern und jüdischen Touristen verbessern sollen. Der Taskforce gehörten auch der Davoser Tourismusdirektor Reto



Bransch, der Davoser Landammann Philipp Wilhelm, SIG-Vizepräsident Ralph Lewin und der Zürcher FDP-Gemeinderat Jehuda Spielman an. Gestern wurden diese Massnahmen laut der NZZ präsentiert. Neu sollen gemäss der Zeitung diesen Sommer in Davos statt drei «Likratinos» zwölf jüdische Vermittler des SIG zum Einsatz kommen. Weitere geplante Massnahmen: eine neue Informationsbroschüre und Leitlinien für die Gleichbehandlung aller Gäste, eine Anlaufstelle in Davos bei Konflikten und die Sensibilisierung der jüdischen Touristen schon im Herkunftsland. Ausserdem soll die Davoser Bevölkerung über das Judentum informiert werden, zum Beispiel mit einem Liederabend oder weiteren historischen Arbeiten zur jüdischen Geschichte von Davos. *SD*

SCHWEIZ

Mit Fluchtinstinkt



Micha Lewinsky, Sohn des Autors Charles Lewinsky, hat sich in der Filmbranche längst einen Namen gemacht. 2008 wurde er für «Der Freund» mit dem Schweizer Filmpreis ausgezeichnet oder 2009 mit dem Zürcher Filmpreis für «Die Standesbeamtin». Jetzt tritt er mit seinem Romandebüt

«Sobald wir angekommen sind», das am 24. Juli im Diogenes-Verlag erscheinen wird, an die Öffentlichkeit. Im Zentrum steht Ben Oppenheim, ein verunsicherter Mann im Krisenmodus. Sein neuestes Drehbuch scheint niemanden zu interessieren. Der Krieg in Osteuropa beunruhigt

ihn. Getrieben von jüdischem Fluchtinstinkt steigt er mit seiner Ex-Frau und seinen zwei Kindern ins Flugzeug nach Brasilien. Dort fehlt ihm Julia, seine Liebe. TA
Der Podcast mit Micha Lewinsky findet sich ab nächster Woche auf www.tachles.ch/podcasts

BERN

Kommission fordert Reform

Die zuständige Nationalratskommission fordert eine Reform der Flüchtlingshilfe für Palästinenser. Mit einer Motion soll der Bundesrat aufgefordert werden, sich international für eine Nachfolgelösung für die UNRWA einzusetzen. Einen entsprechenden Antrag hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) mit 17 zu 8 Stimmen angenommen, wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten. Darüber entscheiden wird als nächstes der Nationalrat. Gemäss Motionstext soll der Bundesrat beauftragt werden, sich bei der internationalen Staatengemein-

schaft für eine Nachfolgelösung für das Uno-Palästinenserhilfswerk UNRWA einzusetzen und seinen Mitteleinsatz entsprechend auszurichten, sobald es die aktuelle kriegerische Auseinandersetzung in Gaza zulässt. Dabei habe die Landesregierung Alternativen zu prüfen, zum Beispiel, ob die Palästinenserhilfe in das Flüchtlingshilfswerk UNHCR integriert werden kann. Die Mehrheit macht geltend, dass die Präsenz der UNRWA im Nahen Osten zwar für die rund fünf Millionen Palästinenser lebenswichtig geworden sei. Die umfassende Hilfe verunmögliche jedoch die Schaffung einer eigenen Lebensgrundlage. Damit entstehe Raum für Korruption und die Umleitung von Mitteln in terroristische Kanäle, statt dass sie dem Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft diene. Die Uno unter-

hält zwei Flüchtlingshilfswerke, das UNHCR und die UNRWA. Das UNHCR kümmert sich um alle Flüchtlinge weltweit, während die UNRWA, die 1949 in Folge des Palästina-Kriegs gegründet wurde, sich um Palästina-Flüchtlinge kümmert. Im laufenden Jahr überweist die Schweiz nach aktuellem Stand 10 Millionen Franken an die UNRWA. Die ausserpolitischen Kommissionen beider Räte waren mit dieser humanitären Nothilfe im Gazastreifen einverstanden, forderten aber, das Geld ausschliesslich für dringende Bedürfnisse einzusetzen. Das UNRWA ist umstritten, mehrere Staaten stellten im Januar ihre Zahlungen vorübergehend ein. Es gab Vorwürfe, in Schulen des Hilfswerks in den Palästina-Flüchtlingslagern werde gegen Israel gehetzt und es würden Terroranschläge verherrlicht. *TA*